

Ende der Friedenspflicht

Erste Warnstreiks in Niedersachsen und Bremerhaven



Ulrich Silberbach spricht in Salzgitter zu den Demonstranten

Die erste Verhandlungsrunde zur Einkommensrunde mit Bund und Kommunen ist am 26. Februar 2018 ohne Angebot der Arbeitgeber zu Ende gegangen. „Dieses Vorgehen hat zwar schon Tradition, enttäuscht uns aber trotzdem immer wieder“, kritisierte dbb Verhandlungsführer Ulrich Silberbach.

„Die Arbeitgeber haben damit die erste Chance vertan, zügig in konkrete Verhandlungen einzutreten. Jetzt haben wir nur noch zwei Verhandlungsrunden. Das wird ein hartes Stück Arbeit.“ Volker Geyer, dbb Fachvorstand Tarifpolitik, erläuterte, dass auch die Kommunen ein Interesse an nachhaltig steigenden Einkommen der Beschäftigten haben müssten: „Um ihre Finanzen zu sanieren, sollten die Kommunen stärkeren Druck auf die Länder und den Bund ausüben. Von dort sollten mehr Gelder für Entschuldung und Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden, nicht durch die Kolleginnen und Kollegen in den städtischen Betrieben und Verwaltungen.“



1. März 2018, Salzgitter

dbb aktuell

dbb
beamtensbund
und tarifunion

Herausgeber:
dbb beamtenbund
und tarifunion
Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Verantwortlich:
Volker Geyer
Fachvorstand Tarifpolitik

Fotos:
Friedhelm Windmüller,
dbb, Michael Seidel,
Fabian Berg



1. März 2018, Salzgitter



1. März 2018, Peine



Die Beschäftigten haben von der Hinhaltenaktik der Arbeitgeber genug und sind deshalb direkt nach Ende der Friedenspflicht am 1. März 2018 in Warnstreiks getreten. Bei eisigen Temperaturen haben über 1.000 Mitarbeiter aus Verwaltungen, Job-Centern und anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes ihren Unmut auf die Straße getragen.

Schwerpunkt im Südosten Niedersachsens

Salzgitter

„Unsere Forderung liegt auf dem Tisch: 6 Prozent linear, mindestens aber 200 Euro als soziale Komponente, für Auszubildende 100 Euro. Jetzt sind die Arbeitgeber am Zug“, machte der dbb Bundesvorsitzende und Verhandlungsführer Ulrich Silberbach bei einer Kundgebung in Salzgitter deutlich. Der Bund und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) dürften sich nicht – wie bei der ersten Verhandlungsrunde in Potsdam – auf ihr „ewiges Mantra“ zurückziehen, die Forderungen der Gewerkschaften seien nicht bezahlbar. „Anderenfalls werden sie bei der so drängenden Nachwuchsgewinnung in die Röhre schauen“, so der dbb Chef.

Auch Mario Römer, Vorsitzender der komba jugend in Niedersachsen, mahnte Verbesserungen für die jüngeren Kolleginnen und Kollegen an: „Sie wollen konkrete Perspektiven in punkto Einkommen und Arbeitsbedingungen, dazu zählt vor allem auch die Frage der Übernahme nach der Ausbildung.“ Die 250 Teilnehmer der Kundgebung harrten trotz Kälte in der Fußgängerzone von Salzgitter aus, um den Arbeitgebern lautstark zu zeigen, was sie von ihrer Verhandlungstaktik halten: nichts! Die nächsten Warnstreiks in Salzgitter sind bereits geplant.

Peine

Der Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, Volker Geyer, wies bei einer Kundgebung in Peine auf die besondere Bedeutung der sozialen Komponente im gewerkschaftlichen Forderungspaket hin: „Gerade Beschäftigte von kleineren und mittleren Einkommen müssen angesichts steigender Lebenshaltungskosten profitieren. Dank der sehr guten Lage der öffentlichen Haushalte ist das leistbar. Die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass es einen starken öffentlichen Dienst nicht umsonst gibt.“



1. März 2018, Peine



1. März 2018, Göttingen



dbb.de



1. März 2018, Göttingen



Der Vorsitzende der komba in Peine, Wolf Becker, unterstrich: „Gerade auf kommunaler Ebene wird die staatliche Daseinsfürsorge für die Menschen im Land sichtbar, hier

helfen unsere Kolleginnen und Kollegen tagtäglich in allen Lebenslagen. Dieses Engagement hat Wertschätzung verdient.“

Vor allem viele Auszubildende haben sich in Peine den Streikenden angeschlossen. Ihnen ging es nicht nur um die geforderten 100 Euro mehr pro Monat, sondern vor allem um die unbefristete Übernahme nach bestandener Ausbildung.



Volker Geyer spricht in Peine zu den Demonstranten

Göttingen

In Göttingen fand eine Mahnwache vor dem Rathaus statt. Den ganzen Vormittag trugen Mitglieder der komba, der vbba und des DBSH ihren Protest nach außen, um schon zu Beginn der Einkommensrunde klar zu machen, dass sie entschlossen sind, für ihre berechtigten Forderungen zu kämpfen. Der Vorsitzende der dortigen komba, Daniel Bratschek, machte klar: „Wir sind entschlossen, unsere berechtigten Forderungen durchzusetzen. Bei der nächsten Verhandlungsrunde erwarten wir Fortschritte, sonst werden wir unsere Proteste ausweiten.“

Kundgebung in Bremerhaven

Die Empörung über die schroffe Ablehnung, mit der die Arbeitgeberseite zum Auftakt der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen auf die dbb Forderungen reagierte, trieb am 1. März 2018 auch in Bremerhaven trotz Eiseskälte rund 50 Demonstrantinnen und Demonstranten vor das Magistratsgebäude. „Wir sind empört, wie gering die Arbeitgeber Engagement und Leistungsbereitschaft all derer schätzen, die tagtäglich dafür arbeiten, dass unser Gemeinwesen funk-



1. März 2018, Göttingen



1. März 2018, Bremerhaven





1. März 2018, Bremerhaven

tioniert, und es ist schlicht unfair, unsere Forderungen als unangemessene Geldgier zu verunglimpfen“, machte der Vorsitzende des dbb bremen, Jürgen Köster, unter dem Beifall der Demonstranten deutlich. „Hinter unserer linearen Geldforderung steckt letztlich der Wunsch nach mehr Wertschätzung. Unsere Forderungen sind angemessen und sie sind in einer Zeit, in der die Steuereinnahmen sprudeln, auch erfüllbar“, so Köster weiter.

Weitere Aktionen folgen


Bis zur zweiten Verhandlungsrunde in Potsdam am 12. und 13. März 2018 werden weitere Warnstreiks und Demonstrationen vor allem in Norddeutschland folgen. Darüber informieren wir immer aktuell auf www.dbb.de/einkommensrunde.

Der dbb hilft!

Unter dem Dach des **dbb beamtenbund und tarifunion** bieten kompetente Fachgewerkschaften mit insgesamt mehr als 1,3 Millionen Mitgliedern den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche Unterstützung sowohl in tarifvertraglichen und beamtenrechtlichen Fragen, als auch im Falle von beruflichen Rechtsstreitigkeiten. Nur Nähe mit einer persönlichen und überzeugenden Ansprache jedes Mitglieds schafft auch das nötige Vertrauen in die Durchsetzungskraft einer Solidargemeinschaft.

Der **dbb beamtenbund und tarifunion** weiß um die Besonderheiten im öffentlichen Dienst und seiner privatisierten Bereiche. Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke des dbb. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dbb.de, über die Flugblätter **dbb aktuell** und unsere Magazine **dbb magazin** und **tacheles**.

Mitglied werden und Mitglied bleiben in Ihrer zuständigen Fachgewerkschaft von **dbb beamtenbund und tarifunion** – es lohnt sich!



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Bestellung weiterer Informationen

Name

Vorname

Straße

PLZ/Ort

Dienststelle/Betrieb

Beruf

Beschäftigt als:

<input type="checkbox"/> Tarifbeschäftigte/r	<input type="checkbox"/> Azubi, Schüler/in
<input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin	<input type="checkbox"/> Anwärter/in
<input type="checkbox"/> Rentner/in	<input type="checkbox"/> Versorgungsempfänger/in

Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten.

Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten.

Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft.

Ich bin mit der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung meiner Daten, die zur Erfüllung der Aufgaben und Zwecke des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften notwendig sind, einverstanden.

Datum / Unterschrift

Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gern die passende Gewerkschaftsadresse.
dbb beamtenbund und tarifunion, Geschäftsbereich Tarif, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin,
Telefon: 030.4081-5400, Fax: 030.4081-4399, E-Mail: tarif@dbb.de, Internet: www.dbb.de